

Der Rollstuhl wird zur Hürde

Johanna Wellenbrock findet in Lüneburg keine Wohnung mit drei Zimmern, die barrierefrei und für sie auch bezahlbar ist

VON STEFAN BOHLMANN

Lüneburg. Der Beifall von der Politik für ihren Schritt wäre Johanna Wellenbrock in Zeiten von Wohnungsmangel und zu wenig bezahlbarem Wohnraum sicher. Die 73-Jährige beabsichtigt, aus ihrem Haus auszuziehen und sich eine kleinere Mietwohnung zu suchen. „Für mich ist das Haus viel zu groß geworden. Lieber überlasse ich es meinem Enkel, damit er sich eine Familie aufbauen kann“, sagt sie. Doch Theorie und Praxis klaffen auseinander. Denn die Seniorin, die in einem Ort im Landkreis wohnt, ist an Polio erkrankt. Die Folgen der Kinderlähmung binden sie seit 30 Jahren an den Rollstuhl, sie gilt als zu 100 Prozent schwerbehindert. Deshalb gestaltet sich die Wohnungssuche bislang als unüberwindbare Hürde. „Ich finde nichts Passendes und Bezahlbare.“

Ihr Wunsch für das neue Zuhause: eine ebenerdige, kleine Drei-Zimmer-Wohnung mit Terrasse, barrierefrei beziehungsweise rollstuhlgerecht. Zwei Zimmer wären ihr zu eng. „Einen Raum benötige ich schon für die Lagerung von Rollstuhl und Speedy-Bike. Außerdem kommen mich meine Kinder von außerhalb besuchen. Für sie möchte ich unbedingt eine Übernachtungsmöglichkeit haben.“

Wichtig ist ihr eine Anbindung an den ÖPNV

Der Wohnort sei ihr egal, irgendwo in Stadt oder Landkreis wäre ihr recht, sagt sie. „Allerdings gibt es Zwänge, die mich immer automatisch nach Lüneburg bringen. Da ich mobil bleiben und weiterhin auf Achse sein möchte, muss ich zwangsweise dort wohnen, wo das möglich ist und es die nötige Anbindung an den Nahverkehr gibt.“

Wellenbrock ist auf den Bus angewiesen, wenn sie in die Stadt fahren möchte. „Das Problem ist jedoch, dass Busse mit absenkbar Böden beim Ein- und Ausstieg nur im Stadtverkehr von Lüneburg flächendeckend fahren, außerhalb gibt es viel zu



Gern würde Johanna Wellenbrock in eine kleinere Wohnung ziehen. Doch die Suche gestaltet sich alles andere als leicht. Foto: be

wenige Niederflerbusse“, macht sie deutlich.

Dazu sagt Oliver Blau, Pressesprecher der KVG: „Im Stadtverkehr beträgt die Niederflerquote 100 Prozent, im regionalen Verkehr im Landkreis liegt sie aktuell bei 80 Prozent, bis Jahresende sollen auch hier 100 Prozent erreicht sein.“ Sollte ein Fahrgast außerhalb des städtischen Verkehrs zwingend auf ein Niederflerfahrzeug angewiesen sein, so könne er sich mit diesem Hinweis an die KVG wenden. „Er bekommt dann für ihn passende Fahrten benannt“, sagt er.

Wellenbrock sucht seit Monaten, und sie sucht weiter, hat auch Kontakt zu Maklern aufgenommen. „Es gibt Wohnungen, die von Schnitt und Größe passen würden. Aber diese liegen

„1300 Euro Miete im Monat – das ist einfach zu viel.“

Johanna Wellenbrock

ausschließlich im oberen Preissegment, und das kann ich mir nicht leisten. 1300 Euro Miete im Monat – das ist einfach zu viel.“

Sie steht auch auf der Warteliste bei der Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft (Lüwo-bau). Deren Geschäftsführerin Heiderose Schäfke sagt, dass es im Altbestand auch mal 60 Quadratmeter große barrierearme Drei-Zimmer-Wohnungen gebe, meist allerdings im Hochparterre. „Die rollstuhlgerechten, geförderten Neubauwohnungen, zwei Zimmer bis 60 Quadratmeter für eine Person, sind aber nur

mit einem Wohnberechtigungsschein zu bekommen“, erklärt sie. Das hängt mit den Förderstatuten des Landes für die Schaffung von gefördertem Wohnraum zusammen. In anderen Größen gibt es solche rollstuhlgerechten Wohnungen daher nur selten. Dennoch: „Nach der Landesbauordnung muss jede achte Wohnung, die neu gebaut wird, rollstuhlgerecht sein.“ Wellenbrock glaubt, dass ihr kein Wohnberechtigungsschein zu steht.

Schäfke rät Suchenden, sich rechtzeitig vor dem Umzug Gedanken zu machen. Ein Vorlauf von mindestens sechs Monaten sei immer notwendig, sagt sie und weist außerdem darauf hin, dass es auch Möglichkeiten gebe, eine Wohnung, die nicht perfekt auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zugeschnitten ist, nachträglich etwa mit Hilfe der Pflegeversicherung so umgestalten zu lassen, dass es dann doch passt.

Beim Bauen nicht nur an junge Familien denken

Das sieht auch Jörg Kohlstedt, Vorsitzender des Behindertenbeirates für Stadt und Landkreis Lüneburg, so. „Mit einem Wohnberechtigungsschein und mit Hilfe der Pflegeversicherung besteht zumindest eine kleine Chance, dass Menschen mit Behinderung eine Mietwohnung finden. Doch alles in allem ist es sehr schwer.“ Das Angebot reguliere sich leider über den Markt. Denn: „Alle diese Bauvorhaben sind vorrangig für Familien und für Neubürger angelegt. Sie zeigen eine junge Architektur, ein junges Wohnumfeld, ergänzende Einrichtungen für eher junge Menschen.“

Er möchte gern mit Investoren und Bauherren ins Gespräch kommen, in dem darüber diskutiert wird, wie Wohnen, Arbeiten und Leben in Lüneburg künftig aussehen könnte. „Und dass alters- und behindertengerechte Wohnungen eine lohnende Investition sind.“ Kohlstedt fordert, dass beim Vermarktungskonzept ein Umdenken stattfindet. Denn auch aus jungen Familien werden eines Tages ältere Familien. Die Kinder werden größer und wollen auf eigenen Füßen stehen – und aus dem Haus ausziehen. „Was wird dann aus den eigentlich überzähligen Zimmern?“, fragt er. Johanna Wellenbrock hat die Antwort, kann ihre Idee aber bislang nicht in die Tat umsetzen.

BÜRGERRECHERCHE

„Wem gehört Lüneburg?“

Wem gehören die Häuser und Wohnungen in Lüneburg?

Wieso werden Mieten und Immobilienpreise immer teurer? Und wie wollen wir in dieser Stadt eigentlich in Zukunft leben? Es sind Fragen, die die Landeszeitung im Rahmen der Bürgerrecherche „Wem gehört Lüneburg?“ angestoßen hat. Der Startschuss fiel am 18. Mai

Bis zum 28. Juni konnten die Lüneburger auf der Projekt-Homepage www.wemgehoertlueneburg.de ihre Wohndaten preisgeben und uns so dabei helfen, mehr Transparenz auf den Wohnungsmarkt zu bringen.

Aktuell befinden wir uns in der zweiten Phase: Bis Ende

WEM GEHÖRT LÜNEBURG?

August geben wir uns Zeit, die gesammelten Daten auszuwerten und weitere zu recherchieren. Im September können Sie dann mit Ergebnissen rechnen. Kooperationspartner ist das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv, mehr Informationen gibt es unter www.correctiv.org.